

Saale-Beitung.

Zweihundertsechzigster Jahrgang.

werden die Spaltenpreise aber jeden...

Redaktion und Druck-Verlagsstelle...

Nr. 472.

Halle a. S., Mittwoch, den 7. Oktober

1908.

Die Landtagswahl in Anhalt.

Man schreibt uns aus Dessau: Man muß sich büten, aus Landtagswahlen in kleinen Staaten prinzipielle politische Folgerungen zu ziehen.

Überall gingen die bürgerlichen Parteien geschlossen gegen die Sozialdemokraten vor. Eine einzige Ausnahme fand in Zerbst statt.

In den Industriestädten Coswig-Kosbau erzielten dagegen die Sozialdemokraten nur eine verhältnismäßig geringe Minorität.

Im Wahlkreise Jehnitz-Raguhn-Oranienbaum-Wörlitz ist die Wiederwahl des bisherigen Landtagspräsidenten, des Nationalliberalen Dr. Döring, mit großer Majorität gegenüber der Sozialdemokratie gesichert.

übrigen Kreisen floßen genauere Nachrichten noch nicht vor. Sie werden erhebliche Änderungen gegen früher kaum bringen.

Annexion.

London, 6. Oktober. England will der Türkei seinen ganzen diplomatischen Einfluß zur Verfügung stellen und die Rolle des Beschützers spielen.

Der Inhalt der vorstehenden Depesche deutet sich bei der unfreundlichen Haltung, die England in jüngster Zeit gegenüber der österreichisch-ungarischen Monarchie angenommen hat.

In einem vom Woffischen Bureau vorbereiteten Artikel der „Königlichen Zeitung“ wird die Stellung erörtert, welche Deutschland gegenüber den Balkanvorfällen einzunehmen habe.

„Es (Deutschland) muß seine Aufgabe darin sehen, dazu beizutragen, daß der Weltfriede nicht erschüttert wird, und wird dies tun, indem es seinen Genossen im Dreiebund nach Kräften unterstützt, um alle Verwicklungen zu vermeiden.“

Kaiser Franz Josephs Proklamation.

□ Wien, 6. Oktober. (Privat-Telegramm.) Der Kaiser Franz Joseph hat eine Proklamation an das bosnisch-herzegowinische Land erlassen, in der es heißt: Wir Franz Josef I., Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen usw., und apostolischer König von Ungarn, ein der Bewohner Bosniens und der Herzegowina.

Einrichtungen, welche deren Verhältnissen und allgemeinen Interessen Rechnung tragen, zu gewähren, und so eine geordnete Grundlage für die Betretung ihrer Wünsche und Bedürfnisse zu schaffen.

Wien, 7. Okt. Die „Neue Fr. Pr.“ meldet: Der österreichisch-ungarische Botschafter in Konstantinopel hat gestern der Pforte eine Note überreicht, in der antwortlich mitgeteilt wird, daß der Kaiser die Souveränitätsrechte auf Bosnien und die Herzegowina ausgedehnt habe.

Wien, 7. Okt. (Wiener Tel.-Korr.-Bureau.) Die Meldung, daß der Professor des österreichischen Strafrechts und Völkerrechts Lammasch an der staatsrechtlichen Formulierung der durch die Erstreckung der Souveränität des Kaisers auf Bosnien und die Herzegowina notwendig gewordenen Maßnahmen entscheidend mitgewirkt habe, entspricht nicht den Tatsachen.

Belgrad, 7. Okt. (Wiener Tel.-Korr.-Bureau.) Gestern nachmittag fand vor dem Nationaltheater eine Versammlung statt, an der etwa 20 000 Personen teilnahmen. Es wurden zahlreiche Oesterreich feindliche Reden gehalten und eine Resolution angenommen, in der es heißt, daß Serbien niemals eine Verletzung des Berliner Vertrages zulassen werde.

Bukarest, 7. Okt. (Wiener Tel.-Korr.-Bureau.) Die Presse glaubt im allgemeinen nicht an die Eventualität eines Krieges. Die halbamtliche „Boitica Nationala“ meint, Rumänien werde unter den augenblicklichen Verhältnissen bewachen, daß es einer weißen Politik zu folgen und seine Interessen zu verteidigen verstehe.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

— Der Flottenchef Prinz Heinrich hat, wie aus Kiel gemeldet wird, einen 14tägigen Erholungsurlaub innerhalb des Reiches, nach der Samweil und nach Tiroi erhalten. Seine Vertretung hat Geschwaderkapitän Admiral v. Holtenhoff übernommen.

Zu viel Sparflanke!

An der Ausführbarkeit der Vorschläge, welche der Abgeordnete Freiherr v. Camp in seiner Denkschrift über Erparnisse in Preußen und im Reich gemacht, wird, wie die „Berliner Universal-Korrespondenz“ aus zuverlässiger Quelle hört, in den zuständigen Verwaltungen stark gezweifelt. So rügt Camp in seiner Denkschrift beispielsweise die zwölffache Briefbefestigung in Berlin und die zweifache dreimalige in dem beschränkten Gebieten des deutschen Reiches; er hält dies für einen überflüssigen „Luxus“.

Das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb.

* Wie die „Saale-Ztg.“ in Berlin zuverlässig berichtet, soll in den allernächsten Tagen eine definitive Entscheidung darüber stattfinden, ob das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb des Reichstages nach in dieser Session beschäftigten soll. Die Gutachten der beteiligten Kreise der Regierung sind schon eingetroffen und stimmen überwiegend mit dem von der Regierung im November des Vorjahres veröffentlichten vorläufigen Entwurfe überein. An dem Entwurfe selbst wird keinerlei Veränderung vorgenommen werden. Man ist maß-

gebenden Orts der Ansicht, daß dem Reichstag in der nächsten Session derart wichtige und unaufschiebbare Gesetzesvorlagen beschließen werden, daß man eine weitere Verlängerung des Hauses mit anderen wesentlichen Vorlagen vermeiden wird. Eine endgültige Entscheidung darüber wird jedoch erst der Reichskanzler persönlich fällen.

Die Wahlkreis-einteilung in Sachsen.

Die nationalliberale Fraktion des Sächsischen Landtages beriet gestern über die Wahlkreis-einteilung und gab der gestern tagenden Wahlrechtsdeputation die Erklärung ab, sie sei bereit, einen von ihr ausgearbeiteten Entwurf vorzulegen. Sie verlangen in der Erklärung für die Dresdener Kreiswahlmannschaft 26, für die Chemnitzer 18, die Leipzig 24, die Zwickauer 18 und die Bautzener 10 Mandate; davon sollen den Großstädten Leipzig und Dresden je 9, Chemnitz 5, Zwickau und Bautzen je 2 Mandate zufließen. Die Konserwativen wollen jedoch für die beiden Großstädte nur je 7 Mandate bewilligen.

Witwen- und Waisenversorgung.

Die Nationallib. Corr. schreibt:

Die jüngst von verschiedenen Zeitungen gebrachte Nachricht, daß die Arbeiter-Witwen- und Waisenversorgung dem Reichstag noch in dieser Session beschließen werde, hat merkwürdigerweise in einem Teil der Presse „makabres Gerüchten“ über die „Angehörigen“ hervorgerufen. Dieses Gerüchten liefert einen Beitrag zur Psychologie unseres allzu flüchtigen Zeitalters. Noch ist kein halbes Dutzend Jahre verstrichen, seit der Kampf um den Sozialrat ganz Deutschland in beständige Wallungen brachte, und schon sind selbst bei berufsmäßigen Politikern die entscheidenden Wendungen jener Kämpfe und bedeutsame Bestimmungen jenes Sozialgesetzes so völlig unter die Schwelle des Bewußtseins gesunken, daß ihnen die Erinnerung an eine jener Bestimmungen als überflüssige Angelegenheit erscheint. Deshalb sei hier kurz bemerkt, daß nach § 15 des Sozialgesetzes vom 25. Dezember 1902 der durch die Erhöhung der Zölle auf einigemale landwirtschaftliche Artikel eintommende Mehretrag zur Erleichterung der Durchführung der Arbeiter-Witwen- und Waisenversorgung zu verwenden und bis zum Inkrafttreten eines entsprechenden Gesetzes anzusammeln ist. Dann heißt es wörtlich:

„Tritt dieses Gesetz bis zum 1. Januar 1910 nicht in Kraft, so sind von dem bis zum 31. Dezember 1909 in dem Reichstrat, sowie die eingehenden Mehreträge selbst den einzelnen Sozialversicherungsanstalten nach Maßgabe der von ihnen im vorhergehenden Jahre aufgetragenen Beiträge zum Zwecke der Witwen- und Waisenversorgung der bei ihnen Versicherten zu überweisen. Die Unterführung erfolgt auf Grund eines vom Reichsversicherungsamt zu genehmigenden Statuts.“

Danach liegt die Sache also ganz klar. Die Witwen- und Waisenversorgung muß auf jeden Fall am 1. Januar 1910 in Kraft treten. Offensichtlich ist der Weg, indem entweder ein gründlich vorbereitetes, oder indem einfach ein Statut erlassen wird, das nur vom Reichsversicherungsamt zu genehmigen ist. Welcher Weg besser ist, bedarf keines Wortes. Es wird sich daher empfehlen, den Versuch zu machen, ein Gesetz rechtzeitig zustande zu bringen, und dieses Gesetz, wenn möglich, mit der seit Jahren zugelayerten Reform und Vereinfachung der gesamten Arbeiterversorgung zusammen zu erledigen.

Dr. Karl Peters

hat, wie schon gemeldet, in seinem Verteidigungsprozeß gegen die „München-Poliz.“ die gegen das schöffengerichtliche Urteil eingeleitete Berufung zurückziehen lassen. Der betagte Rechtsanwalt, Genosse Gruber, wird dagegen seine Berufung aufrechterhalten. Er hat durch seinen Rechtsbeistand umfangreiches Beweismaterial für die Berufungsinanz eingereicht. Der frühere Leutnant Bronhart von Scheffendorf ist bereits durch den deutschen Konsul in Mombasa kommissarisch vernommen worden und soll für Peters sehr bestellend ausgelegt haben.

Eine Millionenstiftung für die Berliner Akademie der Wissenschaften.

Durch die Blätter ist die Nachricht gegangen, der königlichen Akademie der Wissenschaften in Berlin sei durch einen in Brüssel verstorbenen Rentier eine Stiftung von 30 Millionen gemacht worden. 30 Millionen in der Hand der höchsten (so kann man die Akademie wohl nennen) wissenschaftlichen Organisation eines Volkes, das wie wenige mit Fortschritten und dem Triebe, das All zu ergründen, ausgestattet ist — welche Aussichten eröffnen sich da, was ließe sich da alles leisten! Man könnte versuchen, wieder ein wenig den Schleier zu lüften, der über den Epochen liegt, da der Mensch aus dem ungeschichtlichen Sein in das geschichtliche übertrat; man könnte aus dem Schoß der Erde ans Tageslicht fördern, was vom Schutt der Jahrhunderte bedeckt ist und Zeugnis von verschwundenen Menschengeschlechtern ablegt; man könnte auf dem Wege zum Anfang und zu den Ursprüngen des Lebens sowie der elementaren Kräfte, der Natur einen neuen Fußtritt Bodens abringen und der wissenschaftlichen Erkenntnis zugänglich machen; man könnte das Einsehen der hervorragenden lebenden Vertreter der Wissenschaften auf ein großes Ziel vereinigen; man könnte sammeln, gruppieren, die Welt könnte etwas schaffen, was im geschichtlichen Sein dann wieder selbst ein Stück Geschichte wird und zur Förderung der Geister dient. Ja, ist es zu schön, wenn die Phantasie sich beswingt, im idealistischen Sinne zu den Sternen den Flug nimmt und, wie einst Platon bei der Gründung der Berliner Universität, danach aussieht, wie man sollte der Denker aus Einfluß „auf das Univerzum“ zu gewinnen sei? Ach, aber zu dem Geistesfluge soll sich der körperliche Flügel nicht stellen! Die materielle Gabe, die in der Wissenschaft ja nicht die Hauptsache ist, aber gerade in der Hand der Akademie etwas so Großes hätte werden können, ist nicht gegeben. Der Brüsseler Millionär hat zwar hochherzige Stiftungen gemacht, jedoch für die Münchener Akademie als auch für die Berliner, aber beide Stiftungen zusammen bleiben in ihrem Schwerte, wie wir vornehmen, hinter 1/2 Millionen zurück. Auch diese ist ein schönes Denkmal der Freundschaft eines einzelnen für die Wissenschaft, aber die 30 Millionenstiftung muß erst nach gemacht werden. Wir haben sonst so viel Amerikanisches in Deutschland angenommen; die großen Stiftungen für die Wissenschaft fehlen

noch. Die reichen Leute Deutschlands seien freundlichst aufgefordert, das nachzuholen.

Der neue Moltke-Harden-Prozeß.

Berlin, 7. Okt. Der neue Termin für den Moltke-Harden-Prozeß ist jetzt nach der Haftentlassung Eulenburgs auf den 23. November festgesetzt.

Man scheint also, was man bisher für ausgeschlossen hielt, auf das Erscheinen des Fürsten Eulenburg vor dem Moltke-Harden-Prozeß, was ebenfalls sehr überraschend kommt, vor der Erledigung des Reineidprozesses gegen den Fürsten Eulenburg durchgehen zu wollen. Bekanntlich hat gerade die Aussage des Fürsten Eulenburg im Moltke-Harden-Prozeß wesentlich zur Verurteilung Maximilian Hardens beigetragen.

Parteinachrichten.

— Im Königreich Sachsen ist jetzt auch die Anstellung eines Parteisekretärs seitens der freisinnigen Volkspartei erfolgt, und zwar in der Person des Herrn Dr. V. Hoffmann.

— Die Volkspartei ist auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei getreten worden. Der Landtagsabgeordnete Müller, der für die holländische Minderheit sprach, kam die Rede verloren. Der Rede des Abgeordneten und Kammerpräsidenten v. Pauer kennzeichnete den Charakter der Parlamentsarbeit; hinter dem Redner standen, wie der Abg. Kaufmann in der Diskussion schätzte, 99 Prozent der württembergischen Demokraten, und diese Vermutung wurde durch die Abstimmung bestätigt. Die Anträge, die der Niederschlag der Rede des Herrn v. Pauer waren, wurden einstimmig oder fast einstimmig angenommen. Der Antrag des weiteren Ausschusses beschäftigte sich, wie die zweite Hälfte der von Pauer'schen Rede, mit der Reichsfinanzreform. Die Demokraten lehnen die Reichsfinanzreform nicht mehr als eine Angelegenheit der Volkspartei an, nachdem die Reichsregierung auch das Zentrum in den Verhandlungen zugezogen hat. Daraus ist ihnen kaum ein Gewinn zu machen; schließlich läßt sich aber auch, das sie trotzdem ihre grundsätzliche Mitarbeit abgeben. Eine Partei, die jetzt schon eine enorme Zeit lang bei ihren Entschlüssen nationale Gründe ein Hauptwort hat mitbringen lassen, kann dieser Aufgabe einfach nicht ausweichen; auch das widerspricht der Logik der Tatsachen. Bemerkenswerter und recht erfreulich findet die „Köln. Ztg.“ die Ablehnung von der unbedingten Gegenwehr gegen indirekte Steuern. „Herr v. Pauer gab die Wahrheit des staatswirtschaftlich überall gültigen, für das Reich aber ganz besonders zutreffenden Satzes zu, daß es „zurzeit einfach unmöglich ist, den Staatsbedarf durch direkte Steuern zu decken.“ Und auch der gegen wenige Stimmen angenommene Antrag spricht von „einer nicht zu vermeindernden stärkeren Heranziehung von Verbrauchssteuern.“

Daraus sollten, so meint das rheinische Blatt, vor allem die Konserwativen lernen. Nichts ist billiger, als daß die Agrarier diese Entzwei der Demokraten damit beantworten, daß sie ihren Widerstand gegen den anderen wesentlichen Bestandteil der Reform, die Nachlasssteuer, aufgeben.

Schule.

Die Ausführung der Mädchenschulreform.

Die Ausführung der Mädchenschulreform, die bekanntlich bereits Anfang April nächsten Jahres in Kraft treten soll, erfordert noch die Erledigung einer Reihe sehr schwieriger Vorarbeiten. Wie die „Saale-Ztg.“ von zünftiger Seite hört, wird im Kultusministerium mit der Ausarbeitung der Ausführungsvorschriften in kürzester Zeit begonnen werden. Da die Reform erhebliche Mehrausgaben mit sich bringt, die schon im nächsten Etat in Rechnung gestellt werden sollen, so sind umfangreiche Beratungen zwischen dem Kultus- und dem Finanzministerium erforderlich, damit die nötige Balancierung des Budgets erreicht wird. Die Arbeiten an den Ausführungsvorschriften müssen sehr beschleunigt werden, um den Provinzial-Schulräten, denen die lokale Regelung der Reform überlassen bleibt, Zeit zu geben, ihrerseits die nötigen Anordnungen zu treffen. Auch die Verleger warten mit Schrecken auf die neuen Bestimmungen, welche die genaueren Studienpläne enthalten, um die Neuauflagen der notwendigen amtlich neu einzuführenden Schulbücher vorbereiten zu können. Man hofft an zünftiger Stelle, am Ende d. J. die Vorarbeiten soweit gefördert zu haben, daß Anfang Februar die gesamten Bestimmungen der Öffentlichkeit übergeben werden können.

Allgemeine Mitteilungen.

— Das neue Reichshandelsgesetz wird dem Bundesrat noch in diesem Monat zugehen.

— Die Meldung über eine neue Marinevorlage, die dem „Berl. Tagbl.“ in die Welt gesetzt worden ist, erweilt sich, wie wir von Anfang an vermuteten, und wie jetzt von allen Seiten bestätigt wird, als eine Ente.

— Aus Södingen wird dem „S. T.“ gemeldet: In der Stadtverordnetenversammlung teilt der Oberbürgermeister mit, daß die rheinischen Städte gemeinsam gegen die geplante Besteuerung von Gas und Elektrizität vorgehen werden; auch eine gemeinsame Aktion sämtlicher deutschen Städte geplant.

— In Duisburg fand eine Versammlung der Wirtschaftlichen Vereinigung der Lehrer im rheinisch-westfälischen Industriegebiet statt, an der über 1000 Lehrer und Lehrerinnen teilnahmen. Lehrer Popp aus Duisburg, der die anwesenden Gölle, darunter Czeglény's Hamn und mehrere Abgeordnete, begrüßte, wünschte, daß ein Ausspruch des Oberbürgermeisters von Erfüllung gehen möge, daß dem in Orten mit gleichen Teuerungsvoraussetzungen gleiche Gehälter gewährt werden müßten. Der Vorliegende der wirtschaftlichen Vereinigung, Hauptlehrer Schwent-Oberhausen, forderte die Abgeordneten auf, für die Lehrer-Interessen mit Nachdruck einzutreten. Czeglény's Hamn und Abg. Dr. Grunenberg sprachen sich wohlwollend für den Lehrerstand aus. In einer Entschließung wurde die Gleichstellung mit den Regierungsekretären in Rang und Gehalt, Wohnungsgeld, Alterszulagen und Ruhegehalt gefordert.

Inmehrdes des Verbandes deutscher Eisenbahnanwärter und Arbeiter ist ein heftiger Streit über die Frage der Zweckmäßigkeit des Anschlusses an den Gesamtarbeiter der Christlichen Gewerkschaften entstanden. Der Verband zählt gegen 40 000 Mitglieder und hat seinen Sitz in Trier. Der bisherige Schriftführer dieses Verbandes, Wolf-Trier,

den das Zentrum einmal für die Reichstagswahl in Duisburg hatte kandidieren lassen, ist mit der Mehrheit der Mitglieder gegen den Anschluß, eine sehr starke Minderheit aber fordert den Anschluß.

— Aus Peking wird der „Köln. Ztg.“ geschrieben: Durch Gift vom 5. Oktober ist die Silbermünzprägung mit dem Taef als Münzeinheit eingestrichen worden.

Heer und Flotte.

Die Heeresorganisation in Spanien.

Über die neuesten Reformbewegungen in der spanischen Heeresverwaltung schreibt das „Milit.-Wochenbl.“ wie folgt: Wie bekannt, wollen die Mächte die Mängel des Heeres zu erweilen nicht verurteilen. Trotzdem haben die verschiedenen Kriegsmittel seit Jahren Entwürfe über Entwurf ausgearbeitet haben (vgl. die n. Oebelligen Jahresberichte), ist von den getragenen Körperstellen nichts Wesentliches geblieben, um die Bekleidungs zu befähigen. Der jetzige Kriegsminister Mariscal Primo de Rivera hat wie seine Vorgänger den höchsten Wunsch, Beförderung zu schaffen und zunächst den Generalstab beauftragt, eine genaue Aufstellung über die erforderlichen Stämme für ein aktives Heer von im Frieden 100 000 Mann zu entwerfen, das sich im Mobilisationsfall auf 300 000 Mann erhöhen läßt. Trotz der nach dem Verluste von Ruba vorgenommenen Ausmerzung von Offiziersstellen gibt es in einigen Dienststellen noch übermäßig Offiziere für die Armee von 100 000 Mann, während es in anderen Chargen wieder an solchen fehlt, woraus sich große Mängel ergeben. Es gilt daher, die Stämme so zu substituieren, daß sie für eine zweckmäßige Ordnung der aktiven und Reservearmee sowie der Landwehr- (Territorial-)truppen ausreichen.

Ausland.

Der Deutsch-amerikanische Tag.

Aus Philadelphia berichtet man: Den zweiten Teil des Deutschen Tages bildete gestern eine einflussvolle Feier in der Academy of Music, der u. a. der Gouverneur des Staates Pennsylvania Edwin Stuart, der deutsche Botschaftsrat Graf v. Saffold-Wildenburg, der deutsche Marineattaché und die Vertreter sämtlicher hiesigen Behörden beiwohnten. Der Präsident des deutsch-amerikanischen Nationalbundes Dr. Herger würdigte die Bedeutung des 25-jährigen Jubiläums des Deutschen Tages. Stuart beauftragte die Anteilnahme der Deutschen, denen er das höchste Lob zollte, an den Geschäften der Vereinigten Staaten. Graf Saffold, die englische Herrmann Ritter, Verleger der Newporter Staatszeitung, der die Mitarbeit der Deutschen an der Entwicklung Amerikas eingehend behandelte.

Britische Friedensreden.

Aus London wird gemeldet: Minister Haldrane gab in einer in Preston-Pans gehaltenen Rede der Zuversicht Ausdruck, daß der Friede durch die Arbeit des tatkräftigen, weisen und tatvollen Staatssekretärs Grey und durch die Beratungen der europäischen Mächte gewahrt bleiben werde. — Generalstaatsanwalt Evans hielt in Doncaster eine Rede, in der er betonte, das Land könne bei der gegenwärtigen Krisis im Osten seine Ruhe bewahren, da es wolle, in welchen Händen die Leitung seiner Geschäfte läge.

Der amerikanische Wahlkampf.

Aus Newporf medet man: Richter Parker beschuldigt Roosevelt, vor vier Jahren 100 000 Dollars von der Standard Oil Company erhalten und für Wahlbeeinflussungen verwandt zu haben.

Kämpfe in Marokko.

Gezrigen Meldungen aus Marokko zufolge griffen die Bewohner von Alhucema und Beni Urriagans vor; gefolgt die dem Kabi ergebenen Ortschaften Beni Sidel an. 14 Personen wurden getötet und zahlreiche andere verwundet.

Kleine Tagesnachrichten.

— Ein Ertrag des Ministers für Volkswirtschaftung an die Professoren der Universität Petersburg besteht darin, die unterbrochenen Vorlesungen wieder aufnehmen.

VI. Preussischer Städtetag.

(Nachdr. verb.) S. u. H. Königsberg, 6. Okt. 1908.

Unter unermünder Teilnahme der Delegierten wurden heute die Verhandlungen des VI. Preussischen Städtetages im großen Saale der Königsberger Börse fortgesetzt. An erster Stelle sprach Stadtrat Dr. Haff (Breslau) über das Thema: Stadterweiterungen und Eingemeindungen. Er führte aus: Der Gemeindegürtel einer Stadt muß den jeweiligen wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung angepaßt sein. Allein im Mittelalter, entsprechend der ländlichen und wirtschaftlichen Abgeschlossenheit der damaligen Städte hat er mit steigender Kultur sich erweitert, doch nicht irrtümlich als einem Kern wie bei den modernen Städten, sondern in nebeneinander liegenden Gebieten. Das Wachstum der Städte seit 1870 ist eine naturbedingte Folge ihres gewaltigen Aufschwungs und ein Beweis dafür, daß die Städte trotz aller ihnen erzwungenen Schwierigkeiten nicht darauf verzichten können, rechtzeitig eine weite Eingemeindungspolitik zu treiben. Die Stadt hat bei den stets sich steigenden Aufgaben ein lebhaftes Interesse daran, daß die politische Grenze sich ihrem Wirkungsbereich anpaßt. Die Bewohner der Vororte haben von der Eingemeindung einen großen Vorteil, da ihre materiellen wie alle höheren Bedürfnisse von der Stadt viel besser befriedigt werden können wie von den Vororten. Die Städte müssen rechtzeitig für die Zukunft ausreichendes Gebiet für ihre zukünftige Entwicklung schaffen und eingemeindet sein, das eine wahre Selbstverwaltung nur da bestehen kann, wo alle Kommunalangelegenheiten in einer Gemeindegemeinschaft vereinigt sind.

Nach dem Vortrage des Korreferenten, Oberbürgermeister Dr. Wernmann wurden einige Leisätze angenommen. Darauf gelangte das zweite Thema:

„Städtische Volkspolizei“

zur Verhandlung, über das Stadtrat Dr. G. Radenwisch-Stettin referierte. Der Redner führte etwa aus: Die Volkspolizei stand auf Grund deutscher Rechtsauffassung früher den Gemeindegemeinschaften zu. Die Städteordnung von 1808

